Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 35

Artikel: Die Zick-Zack-Linie der "Chruschtschewtschina"

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076895

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Zick-Zack-Linie der «Chruschtschewtschina»

Es gibt kein Gebiet des Staats- oder Gesellschaftslebens, auf dem das Chruschtschew-Regime eine einheitliche Entwicklungslinie aufzuweisen vermag. Ideologische Purzelbäume verbinden sich mit ähnlichen Purzelbäumen in der Wirtschaftsführung, in der Staatsverwaltung und in der Gesetzgebung. Im folgenden sei nur auf die wichtigsten Schwankungen des Regimes hingewiesen.

Die grössten Schwankungen weist wahrscheinlich Chruschtschews Agrarpolitik auf. Schon in seiner berühmten Rede vom 3. September 1953, auf dem Plenum des ZK der KPdSU, umriss Chruschtschew die Konturen einer liberalen Bauernpolitik: Steigerung des materiellen Anreizes zur Produktion, Vereinfachung des vielfältigen Systems zentraler Kontrolle über die Kolchosen und eine Dezentralisierung der Produktionsplanung, um der örtlichen Initiative der einzelnen Bauern Spielraum zu lassen sowie erhebliche Steigerung der Leistungsfähigkeit der Parteikontrolle über die Kolchosen. 1954 begann er eine grosse Kampagne für die Erschliessung des Neulandes in Kazachstan im Altaj-Gebiet und in Zentralasien. Im Frühling 1956 erschien ein Ukas, der die Rechte der Kolchosen erweiterte. Den Kolchosen wurden beschränkte Möglichkeiten angeboten, die eigenen Statuten im Rahmen des Musterstatutes den lokalen Bedingungen mehr anzupassen. 1955 bis 1958 begünstigte Chruschtschew die Nebenwirtschaften, um die Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln zu garantieren. 1958 schaffte er sowohl für die Kollektivwirtschaften als auch für die Nebenwirtschaften die Ablieferungspflicht ab und ersetzte sie durch den staatlichen Aufkauf der landwirtschaftlichen Produkte. Anscheinend war dies eine wichtige Reform, in der Tat geschah aber überhaupt nichts. Im Plan wurde vorgeschrieben, wieviel der einzelne Kolchos oder die einzelne Nebenwirtschaft dem Staat verkaufen muss (im Rahmen der sogenannten «Kontraktationsverträge»). Die Aufkaufpreise wurden aber, im Vergleich zu den früheren Preisen, *wesentlich* und mehrfach erhöht. Im gleichen Jahr wurden die Maschinen- und Traktorenstationen auf dem Lande aufgehoben und die staatlichen Maschinen an die Kolchosen verkauft, wodurch der Staat etwa 21 Milliarden Rubel «verdiente». Die Tatsache, dass dieser Schritt eindeutig verfassungswidrig war, wurde ausser acht gelassen. Zur Beratung der Kolchosmaschinen und zur Beratung wurden hie und da Reparaturstationen(RTS) errichtet, die jedoch schon nach drei Jahren wieder aufgehoben und durch die Organe der Sel'choztechnika ersetzt wurden.

1959 startete Chruschtschew eine grossangelegte Kampagne gegen die Nebenwirtschaften sowie gegen das «persönliche Eigentum von Nutztieren». Erschrockene Kolchospräsidenten verzichteten feierlich auf Nebenwirtschaft und Tiere und ihrem Beispiel folgten vielerorts alle Kolchosmitglieder. Man warf ihnen vor, nur für sich zu arbeiten und nicht für das Kollektiv, wodurch der Volkswirtschaft erheblicher Schaden entstünde. Parallel dazu wurden die Kolchosen aufgefordert, dort, wo auf die Nebenwirtschaften vorläufig noch nicht verzichtet werden konnte, die Grösse der Nebenwirtschaften zu reduzieren. 1960 wurden die Kolchosen aufgefordert, auf den freien Kolchosmarkt zu verzichten; die Kolchosen und Kolchosbauern sollten *produzieren und nicht handeln.* Mehrer hundert Millionen Arbeitstage gehen jährlich verloren, weil die Kolchosbauern ihre Produkte auf dem Kolchosmarkt verkaufen. Im Februar 1961 erschien dann der Ukas über die Abschaffung des Kolchosmarktes und dessen Ersetzung durch den Kommissionshandel des genossenschaftlichen Handels.

Im Sommer 1961 setzte wieder eine entgegengesetzte Politik ein: eine erneute Liberalisierung der Produktionsnotwendigkeit gehorchend. Der Kampf gegen Nebenwirtschaften, Privatvieh und Freimarkt wurde mit einem Schlage aufgehoben, der Ukas vom Februar 1961 wurde jedoch nicht zurückgezogen.

1959 begann man auch die Geldentlöhnung in den Kolchosen zu forcieren, um die Arbeitsorganisation in den Kolchosen derjenigen der Sowchosen gleichzustellen. Seit 1961 liest man keine Berichte mehr über die Forcierung dieser Entwicklung.

Auch die Industrieverwaltung legte eine widerspruchsvolle Entwicklungslinie zurück. Anfangs 1957 trat Chruschtschew mit der Idee der «Dezentralisierung» der Industrieverwaltung auf. Diese Idee kostete ihm beinahe seine Karriere, aber er setzte seine Idee durch. Das ganze Land wurde in 103 Industriegebiete aufgeteilt mit je einem Volkswirtschaftsrat an der Spitze. Parallel dazu wurden etwa 200 Industrie- und Branchenministerien (in Moskau und in den 15 Unionsrepubliken) aufgehoben. Die Dezentralisierung hatte indes schädliche Folgen: wegen des «demokratischen Zentralismus» und der «doppelten Abhängigkeit» (nämlich vom entsprechenden republikanischen Ministerrat und vom Unionsministerrat) wurde der Zentralismus unwesentlich gelockert. In mehreren Teilen der UdSSR (vor allem im Baltikum) begann man eine wirtschaftliche Autarkie im Rahmen eines Volkswirtschaftsrates aufzubauen. 1958 wurden deshalb zur Bekämpfung dieser gefährlichen Erscheinung im zentralisierten Kommunismus scharfe Strafmassnahmen erlassen. 1960 setzte dann langsam die «Rezentralisierung» ein. In der RSFSR, in Kazachstan und in der Ukraine wurden «republikanische Volkswirtschaftsräte» errichtet. **Im November 1962 wurde die ganze Reform rückgängig gemacht und eine so strenge — beinahe an die Kriegswirtschaft erinnernde — Zentralisierung eingeführt wie zu Stalins Zeit.** Die Anzahl der Volkswirtschaftsräte wurde beinahe auf ein Drittel reduziert, ihre Unterordnung unter die Moskauer Zentrale wurde wesentlich erweitert. Neben dem Volkswirtschaftsrat der UdSSR wurde ein Oberster Volkswirtschaftsrat der UdSSR errichtet, der ermächtigt wurde, an alle Staats- und Wirtschaftsorgane Anordnungen *direkt* zu erlassen. Wahrscheinlich wegen der chinesischen Gefahr wurde für die zentralasiatischen Republiken (Turkmenistan, Uzbekistan, Kirgizien, Tadzikistan) ein gemeinsamer Volkswirtschaftsrat für die Leitung der Industrie errichtet.

Gleichzeitig klammerte Chruschtschew das Bauwesen aus den Befugnissen der Volkswirtschaftsräte aus und errichtete zu diesem Zwecke spezielle Hauptverwaltungen. Für die zentralasiatischen Republiken wurde ein gemeinsames Staatskomitee für Bauwesen in Moskau organisiert, um diese Republiken Moskau direkt zu unterstellen (vermutlich ebenfalls aus strategischen Gründen gegenüber China).

Noch früher, im März 1962, hatte Chruschtschew auch die ganze Agrarverwaltung neuorganisiert: für mehrere Bezirke wurde eine Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltung errichtet; diese wurde den Gebiets-, Grenzgebiets- und Republikskomitees bzw. dem Unionskomitee für Landwirtschaft untergeordnet. Im November des gleichen Jahres wurden die Grenzen einer Produktionsverwaltung und einen Bezirkssowjets mit wenigen Ausnahmen identisch.

Durch diese Reform wurde die ganze Verwaltung so kompliziert, wie niemals zuvor. Folgende Verwaltungshierarchien entstanden: die Staatsverwaltung mit den Sowjets, die Volks-

Es war einmal: «die grossen Brüder» einträchtig nebeneinander (K und Mao, Oktober 1954 in Peking).

wirtschaftsräte für die Industrie, die Hauptverwaltungen für das Bauwesen, die Landwirtschaftskomitees, die staatlichen Aufkauforgane und die Organe der «Sel'choztechnika» für die Betreuung der Agrarmaschinen und die Versorgung der Kolchosen mit Ersatzteilen. Die gesamte Verwaltung wurde durch die Sowjets verdoppelt, da auch diese spezielle Abteilungen für Agrar-, Industrie-, Bau- und Aufkaufverwaltungen aufweisen.

Ebenso wurden in der Parteistruktur weitgehende Reformen durchgeführt, die *das Zeichen einer unüberlegten Reformsucht aufwiesen.* Am 31. 10. 1961 wurden ein neues Parteistatut und Parteiprogramm erlassen. Das neue Statut führte die periodische Ablösung der Mitglieder aller führenden Parteiorgane ein:

Genau nach einem Jahr, im November 1962, kam eine neue Reform, welche die Partei beinahe in zwei Parteien, jedenfalls aber in zwei Flügel teilte, in einen Industrie- und in einen Agrarflügel, wodurch der Einheit der Partei ein grosser Schlag zugefügt wurde. Es entstanden in allen Grenzgebieten, Gebieten und Bezirken, in denen der wirtschaftliche Charakter nicht einheitlich genug war (praktisch in fast allen Verwaltungseinheiten) je zwei Parteiorganisationen und Parteiorgane, Industrie- und Agrarorganisationen bzw. -organe. Die Einheit der Partei wurde lediglich auf der Republiks- und Unionsebene gewahrt.

Bis 1962 befürwortete die Propaganda die Dezentralisierung auch auf der Parteiebene, ohne in dieser Richtung einen bedeutenden Schritt unternommen zu haben. Im November 1962 wurde aber die Zentralisierung genau so weit getrieben wie unter Stalin. Für die zentralistischen Republiken wurde ein spezielles «Büro» im ZK der KPdSU errichtet und im ersten Halbjahr 1963 wurde auch für die kaukasischen Republiken (Armenien, Azerbajdzan und Georgien) ein ähnliches «Büro» errichtet. Das erste Büro begann seine Tätigkeit mit einer grossangelegten Säuberung, der etwa 10 000 Funktionäre zum Opfer fielen. Das ZK in Moskau regiert also über den Kopf der einzelnen republikanischen Zentralkomitees hinweg.

Anscheinend waren es die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Chruschtschew anregten, diese Parteireform im Zeichen des Produktionsprinzipes durchzuführen. Bald tauchten aber die ersten Stimmen auf: der Bauernflügel müsse gleichberechtigt mit dem Arbeiterflügel sein. Zu dieser Frage musste die Zentrale Stellung nehmen; die Führungsspitze der ganzen Partei gehört weiterhin dem Arbeiterflügel an.

Aehnliche Purzelbäume wurden auf allen Gebieten der Gesetzgebung geschlagen: 1958 wurden die «Grundsätze» für die Strafgesetzgebung und auf deren Grundlage neue republikanische Strafgesetzbücher und Strafprozessordnungen erlassen. Kaum vergingen jedoch drei bis vier Jahre, da wurde schon eine ganze Reihe von Artikeln der Grundsätze abgeändert und die Sanktionen wesentlich verschärft.

Die Entwicklung des Arbeitsrechtes weist ähnliche Schwankungen auf: 1956 wurde eine grossangelegte Liberalisierung eingeführt, der Wechsel des Arbeitsplatzes und das Kündigungsrecht wurden den Werktätigen gewährt. Um aber die dadurch hervorgerufene ständig anwachsende Fluktuation der Arbeitskräfte aufzuhalten, wurde der Arbeitswechsel auf gesellschaftlicher Ebene erschwert, d. h. der Werktätige darf seinen Arbeitsplatz verlassen, wenn es ihm vom Arbeiterkollektiv oder vom Gewerkschaftsorgan erlaubt wird Dadurch hat man indirekt einen Schritt gemacht, um die früher herrschende Willkür erneut zu restaurieren.

Ideologische Purzelbäume gesellten sich zu den übrigen. Der 21. Parteikongress (1959) befasste sich mit den Fragen des Staates und des Rechtes und beschloss die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission unter Chruschtschews Vorsitz ernannt, von deren Arbeit man bisher noch nichts gehört hat. In der Ideologie erschienen aber neue Lösungen, die auch auf praktischem Gebiet ihre Wirkung hinterlassen müssen.

Zwei Jahre nach dem 21. Parteikongress wurde der 22. Kongress einberufen, dessen Beschluss den Ausbau des «Staates des gesamten Volkes» als die höchste Stufe der Demokratie bekannt gab, eine Fiktion, die man bisher nicht kannte und die schon von Marxs und Engels zurückgewiesen wurde («Der Staat kann weder frei noch völkisch sein»). Im Zeichen des «Absterben des Staates» wurde mit der «Vergesellschaftlichung» des Staatslebens begonnen: gesellschaftliche Kommissionen übernahmen zahlreiche Staatsaufgaben, wobei die Führung und die Kontrolle jedoch beim Staatsorgan geblieben ist.

Zur gleichen Zeit gibt es aber in der UdSSR etwa 14,5 Millionen Polizisten und Grenzpolizisten, mindestens 3 Millionen «Druzinniki» (Hilfspolizisten) und 3,6 Millionen Soldaten. Diese Tatsache beweist, dass das «Absterben des Staates», das heisst die Uebertragung von Staatsfunktionen auf Gesellschaftsorgane, mehr Propaganda denn Wirklichkeit ist.

Gespräche mit Tito

Um die Hauptthese Stalins — Tito sei ein Feind des Kommunismus und ein Agent des amerikanischen Imperialismus — aus dem Jahre 1948 zu entkräften, wallfahrtete Chruschtschew am 25. Mai 1955 zum erstenmal nach Belgrad. Bulganin, Mikojan und Schepilow bildeten sein Gefolge.

Der Canossa-Gang des Sowjetherrschers war für Tito ein grosser Sieg. Mit Genugtuung konnte er feststellen, wie die Schuld am Bruch mit Jugoslawien Berija und Abakumow in die Schuhe geschoben wurde, die allerdings in der Zwischenzeit hingerichtet worden waren. Indes war die Aussöhnung nicht von langer Dauer. Die militärische Intervention der Sowjetunion in Ungarn im Oktober 1956 hatte Tito zu neuerlicher Kritik an der Politik des Kremls veranlasst. Die sowjetische Anerkennung der jugoslawischen Theorie von den verschiedenen Wegen zum Sozialismus kam Tito nun sehr gelegen. Sie bildete eine Grundlage für das neue Parteiprogramm der jugoslawischen Kommunisten.

Die Moskauer Konferenz der 81 Kommunistischen Parteien (1960) reagierte auf den jugoslawischen Sonderweg ziemlich sauer und traf den Bund der Kommunisten Jugoslawiens mit dem Bannstrahl des «Revisionismus».

Nach verschiedenen weiteren Annäherungsversuchen zwischen den «feindlichen Brüdern» bahnte sich am 10. Februar 1963 eine Wendung für die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen an. An diesem Tag veröffentlichte das Moskauer Parteiorgan «Prawda» einen Artikel, in dem die Redaktion nachzuweisen versuchte, dass Jugoslawien und die Sowjetunion in den grundsätzlichen Problemen übereinstimmen könnten. Der Artikel war eine indirekte Antwort auf die chinesischen Beschuldigungen gegenüber Jugoslawien.

Ihrerseits hatten die Jugoslawen schon vorher den Sowjets einen grossen Dienst auf internationaler Ebene erwiesen, als sie sich auf der Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten im Jahre 1961 trotz der allgemeinen Empörung jedweder Kritik an der sowjetischen Atomtestserie enthielten.

Einwandfrei erleichterte die Verschlechterung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen die Annäherung der sowjetischen und jugoslawischen Genossen. So versäumte Tito auch nicht, in den vergangenen Monaten seine ideologische Zugehörigkeit zum Weltkommunismus zu unterstreichen, wobei er sich allerdings nicht eindeutig zu Moskau bekannte.

Die gegenwärtige Reise Chruschtschews nach Jugoslawien, bei der mit freundlichen Komplimenten von beiden Seiten nicht gekargt wurde, brachte indes kaum die Sensationen, die man allerorts erwartet hatte. Das recht wortkarge und zurückhaltende Schlusskommuniqué der politischen Gespräche zwischen Tito und Chruschtschew auf der Insel Brioni betonte lediglich die Wichtigkeit der weiteren Vertiefung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Natürlich kann man gewisse Geheim-

1963: «Kaiser» Nikita wird in Belgrad empfangen.

absprachen nicht ganz ausser Betracht ziehen. Jedenfalls wurde kein klares Wort über die effektive Rückkehr Jugoslawiens in den Ostblock oder über die Aufnahme in das Comecon veröffentlicht.

Die Länder des Sowjetblocks haben die Visite des angeschlagenen Kremlherrn wärmstens begrüsst. Ihnen allen ist offensichtlich daran gelegen, dass «Väterchen» Nikita wieder Oberwasser und neue Rückendeckung bekommt, die er ohne den Tribut einer neuen Reise nach Jugoslawien kaum hätte erreichen können. Chruschtschew wird sich wohl der Tatsache bewusst sein, dass sein Besuch bei Tito eine Vertiefung des Zwistes mit China nach sich zieht. Möglicherweise ist ihm gegenwärtig eine Oeffnung nach Westen über Jugoslawien wichtiger, weil möglicherweise der Eindruck des amerikanischen Aussenministers Dean Rusk von seinen kürzlichen Gesprächen mit Chruschtschew in Gagra am Schwarzen Meer stimmt, dass Chruschtschew eine militärische Auseinandersetzung mit China in nicht allzu ferner Zukunft für unvermeidlich hält. Ob allerdings Tito Chruschtschew auch dann noch unterstützen wird, wenn er mit dem Kommunismus vabanque spielen würde, ist zumindest fraglich.

Weniger fraglich erscheint es, dass Tito seinen bisherigen Balanceakt zwischen Ost und West weiterüben wird, um die international bedeutende Stellung seines Landes weiter behaupten zu können. Das Gegeifer der Chinesen vermag ihn wenig zu erschüttern; denn China kann Tito wenig mehr bieten als revolutionäre Phrasen und kommunistische Glaubenssätze aus zweiter Hand.

Ideologie

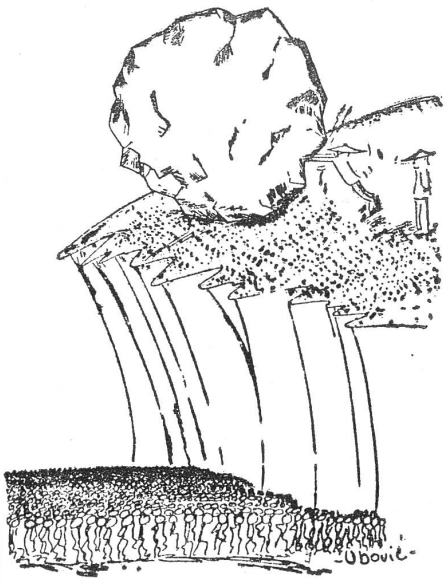
UdSSR/China

Neue Enthüllungen

Mitte August veröffentlichte die Moskauer «Prawda» einen Artikel aus der Feder der finnischen Altkommunistin Herta Kuusinen, in dem sie enthüllte, dass auf der Moskauer Konferenz der Kommunistischen Parteien im Jahre 1957 **«einige chinesische Führer von der Möglichkeit sprachen, in einem kommenden Krieg Hunderte von Millionen Menschen zu opfern».**

Dieser Feststellung kommt besondere Bedeutung zu, da westliche Experten bisher die angebliche Behauptung der Chinesen, — in einem kommenden Atomkrieg würden vielleicht dreihundert Millionen Chinesen zugrunde gehen, aber es blieben eben dann immer noch 400 Millionen übrig, um den Kommunismus aufzubauen, — dem jugoslawischen Staatspräsidenten Tito in den Mund gelegt hatten.

Herta Kuusinen fährt in ihrem Artikel fort: *«So könnte, nach Ansicht der Chinesen, ein Krieg gegen den ‚Papiertiger' so zahllose Opfer fordern. Die Führer der chinesischen KP jedoch verwirrt dieser Umstand offenbar nicht, weil sie letztlich auf den Sieg hoffen. ‚Die siegreichen Völker', stellt die Anthologie ‚Lang lebe Lenin' fest, die vom Zentralkomitee der*



Chinesische Logik: Unter ihnen befindet sich ein Imperialist! (Magyar Szo, Novi Sad.)

Kommunistischen Partei Chinas angenommen wurde, ‚werden sehr bald eine Zivilisation, tausendmal besser als der Kapitalismus, auf den Ruinen des Imperialismus aufbauen'.»

Herta Kuusinens Enthüllung vermag auch nun die Tatsache besser zu erklären, dass Chruschtschew im Herbst 1957 so häufig von dem «grossen Schaden» und den «grossen Verheerungen» zu sprechen begann, die sowohl die UdSSR als auch die USA in einem Weltkrieg zu erleiden hätten. Weiterhin erklärt die Enthüllung des finnischen Politbüromitglieds, warum Mao Tse-tung in seiner grossen Rede vor den chinesischen Studenten an der Universität Moskau, am 17. November 1957, den rein zahlenmässigen Vorteil der kommunnistischen Länder so sehr unterstrich. Mao wiederholte bei dieser Gelegenheit seinen berühmten Satz — *«Der Ostwind weht stärker als der Westwind»* — und fuhr fort: *«Von der gesamten Bevölkerung der Erde haben die sozialistischen Länder nahezu eine Milliarde, die unabhängigen, früher kolonialen Länder haben über 700 Millionen Menschen und die Imperialisten bloss 400 Millionen.»*

Der Artikel Herta Kuusinens erschien am 12. August. Am 15. August fuhren die Chinesen auf der anderen Seite sofort eine Retourkutsche, indem sie einen Sprecher einen bis dahin geheimen Militärpakt zwischen Moskau und Peking aufdecken liessen:

«Schon am 20. Juni 1959, als noch nicht das schwächste Zeichen eines Atomtest-Stopp-Abkkomens zu sehen war, brach die sowjetische Regierung einseitig das Abkommen über eine neue Technologie für die nationale Verteidigung, das zwischen China und der UdSSR am 15. Oktober 1957 geschlossen wurde, und weigerte sich, an China eine Atombombe und technische Daten über deren Herstellung zu liefern.»

Da ein «Abkommen über eine neue Verteidigungs-Technologie» niemals veröffentlicht wurde, lässt sich schwer beurteilen, ob die chinesische Anklage gegenüber Moskau gerechtfertigt ist. Immerhin erscheint es aber unwahrscheinlich, dass Chruschtschew oder gar Marschall Schukow (der zum fraglichen Zeitpunkt überdies in Jugoslawien und Albanien weilte) den Chinesen eine Atombombe oder die Pläne dazu angeboten hat, obwohl die Sowjets 1957 den Chinesen moderne Waffen und eine gewisse Unterstützung für ein bescheidenes Atomenergieprogramm angeboten hatten.

Möglicherweise ist die chinesische Enthüllung nur ein neuer Schachzug, um die sowjetische Regierung als Vertragsbrecherin blosszustellen. Die Chinesen erklärten denn auch, die sowjetische Weigerung, ihnen die vertraglich vereinbarte Bombe auszuliefern, sei ein Geschenk für Präsident Eisenhower gewesen, um ihn angesichts des damals bevorstehenden Treffens mit Chruschtschew in Camp David freundlich zu stimmen.

Aussenwirtschaft

UdSSR/China

Wirtschaftshilfe

Nach einem Bericht des in Prag erscheinenden Parteiorgans «Rude Pravo» hat die Sowjetunion in China bisher 198 modern eingerichtete Betriebe gebaut und den Chinesen etwa 21 000 technisch-wissenschaftliche Dokumentationen, darunter 1400 Projekte für Grossbetriebe, kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Tschechen berechneten, dass die Chinesen zwischen 1951 und 1961 von Moskau Maschinen und Ausrüstungen im Wert von 2,1 Milliarden Rubel erhalten hätten. Rund 8000 chinesische Ingenieure und Facharbeiter seien in diesem Zeitraum in der Sowjetunion ausgebildet worden, und weitere 10 000 chinesische Studenten hätten technische Hochschulen der Sowjetunion absolviert.

«Rude Pravo» bezichtigte die Chinesen der Undankbarkeit, weil sie jetzt die sowjetische Wirtschaftshilfe — die sie früher freudig anerkannt hätten — gering schätzten. Immerhin entspricht die tschechische Behauptung, China hätte in steigendem Ausmass im Jahresdurchschnitt etwa 2,4 Millionen Tonnen sowjetischen Erdöls erhalten, nicht den Tatsachen, da nach der amtlichen Statistik des sowjetischen Ministeriums für Aussenhandel die Erdöllieferungen nach China seit 1959 laufend abgenommen haben. Dies kann als ein weiteres Beispiel dafür betrachtet werden, dass der sowjetische Aussenhandel nicht den effektiven Bedarf seiner Handelspartner berücksichtigt, sondern in erster Linie die politische Zweckmässigkeit der Warenlieferungen, nicht nur gegenüber dem Westen, sondern sogar innerhalb des «sozialistischen Wirtschaftsblocks», das heisst gegenüber Gleichgesinnten, die man überlicherweise nicht wirtschaftlich diskriminiert. Dass dem so ist, sollte für den Westen — gerade im Hinblick auf seinen Osthandel — aufschlussreich sein.

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.